

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:

a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Fernsprecher Nr. 9

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw



Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Goldpfennige
ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme f. kleine Anzeigen
8 Uhr vorm., für große tags
zuvor 3 Uhr nachm.

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele

Druck und Verlag
der A. Oelshäuser'schen
Buchdruckerei

Nr. 115

Freitag, den 18. Mai 1928

102. Jahrgang.

Der Streit um den Nationalfeiertag

Württemberg gegen den 11. August

U. Berlin, 18. Mai. Auf der Tagesordnung der Voll-
sitzung des Reichsrates am Mittwoch Nachmittag stand der
preussische Antrag auf Erhebung des 11. August zum Natio-
nalfeiertag des preussischen Volkes. Der Antrag wird von
Preußen, Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin,
Braunschweig, Anhalt, Lippe, Lüneburg, Mecklenburg-Strelitz,
Schaumburg-Lippe, Bremen und Waldeck unterstützt. Die
Vorlage bestimmt in ihrem zweiten Paragraphen, daß am
Verfassungstage alle öffentlichen Gebäude mit den Reichs-
farben zu beflaggen und in allen Schulen für Lehrer und
Schüler der Bedeutung entsprechende Feiern zu veranstal-
ten sind. Der preussische Ministerialdirektor Dr. Badt be-
antragte von einer Ausschußüberweisung in diesem Falle ab-
zusehen, da man sich bereits im vorigen Sommer mit der
gleichen Materie ausführlich befaßt habe. Bayerischer
Staatsrat Dr. Rühlmann setzte sich demgegenüber für Aus-
schußüberweisung ein. Die Hauptschwierigkeiten für die
Länder liegen beim Paragr. 2, der die Durchführung des
Paragr. 1 auch für die Länder von reichswegen regelt. Es
handelt sich hier um Interessen, die die einzelnen Länder
außerordentlich berühren und die auch viel Geld kosten.
Der württ. Vertreter schloß sich dieser Erklärung an.
Staatssekretär Weismann erklärte sich mit einer Aus-
schußberatung einverstanden, unter der Voraussetzung, daß
diese am Dienstag stattfinden und am nächsten Donnerstag
die Angelegenheit im Plenum behandelt werden könne. In
namentlicher Abstimmung wurde dann ein preussischer An-
trag, am Dienstag bereits in die sachliche Ausschußberatung
einzutreten und damit gleichzeitig über den geschäftsord-
nungsmäßigen Einwand der bayerischen Regierung hinweg-
zugehen, mit 46 gegen 19 Stimmen angenommen. Gegen
den preussischen Antrag stimmten nur Bayern, Württemberg,
Sachsen, Oldenburg und Brandenburg, während sich Bre-
men der Stimme enthielt.

Der Reichsrat beschäftigte sich ferner mit den Reichshaus-
haltsrechnungen für 1926 und schloß sich den Beanstandungen
an, die der Reichsrat an diesen Rechnungen gemacht
hatte, die darauf hinauslaufen, daß der Rechnungshof von
seinem Prüfungsrecht möglichst schnell und eingehend Ge-
brauch machen und den Reichsfinanzminister sein Einspruchs-
recht wahren soll.

Die Durchführung des Kriegschädengesetzes

Das Reichsentschädigungsamt verteidigt sich

U. Berlin, 18. Mai. Das Reichsentschädigungsamt ist
in der letzten Zeit wiederholt in der Presse angegriffen
worden. Der Vorsitzende des Reichsentschädigungsamts, von
Karpinsky, gab nunmehr der Presse Erklärungen ab, in
denen er auf den Umfang der Arbeit, die das Reichsentschä-
digungsamt zu bewältigen hat, hinwies. Er betonte, daß
alle Arbeiten mit größter Beschleunigung durchgeführt wür-
den und daß selbstverständlich dafür Sorge getragen würde,
daß den Interessen der Liquidationsgeschädigten weitgehend
entsprochen werde. So sei nach Annahme des Kriegschäden-
schlußgesetzes Ende März im Reichstage bereits am 2. April
die erste Ausführungsverordnung ergangen, sodas bereits
am 13. April die Arbeiten nach dem Kriegschädenschluß-
gesetz in Gang hätten gebracht werden können. Der Um-
fang der Arbeit sei jedoch außerordentlich groß. So liegen
insgesamt 110 000 Schadenfälle vor, die in bar ersetzt wer-
den müßten, 40 000 Fälle, die in Schulbuchverreibungen
ausgestellt werden müßten und außerdem 50 000 Härtefonds-
anträge.

Von den Ansprüchen aus dem Kriegschädenschlußgesetz
sind bis zum 14. d. M. 5 699 mit einem Gesamtbetrag von
14 Millionen Mfl. erledigt worden, von denen 2 813 Fälle
mit 6,85 Millionen Mfl. bar ausgezahlt worden seien. In
allen dringlichen Fällen, d. h. Fällen, in denen die Geschädig-
ten schwer krank seien, denen der Konkurs, der Zwangsver-
gleich, oder die Räumungsfrage drohe und bei einigen be-
sonders gelagerten Fällen würden die Angelegenheiten mög-
lichst eilig behandelt.

Das Amt habe zur Bewältigung seiner Arbeiten nicht 1100
sondern nur 987 Beamte zur Verfügung. Von dieser Zahl
sind 200 Beamte für die Liquidation der Kriegschäden be-
schäftigt, 787 für die Liquidation der Kriegschäden.

Die Vorlage über die Deckung der Wahlkosten
konnte noch nicht beraten werden, weil ihre Behandlung im
Ausschuß noch nicht beendet ist.

Die Zahl der Wahlvorschläge zu den Reichstagswahlen

U. Berlin, 18. Mai. Nach Feststellungen des Reichs-
wahlleiters sind zu den kommenden Reichstagswahlen ins-
gesamt 642 Kreiswahlvorschläge und 31 Reichswahlvorschläge,
insgesamt 673 Wahlvorschläge zugelassen gegenüber 485 Kreis-
wahlvorschlägen und 22 Reichswahlvorschlägen = 507 Wahl-
vorschlägen bei den Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924.
Die Zahl der Wahlvorschläge ist mithin um fast ein Drittel
gestiegen. Die Zahl der Bewerber beträgt auf den Kreis-
wahlvorschlägen 5672 (5224 männliche und 448 weibliche Be-
werber), auf den Reichswahlvorschlägen 526 (493 männliche
und 43 weibliche Bewerber). Zur Reichstagswahl am
7. Dezember 1924 waren 4716 Bewerber zugelassen, davon
4203 männliche und 513 weibliche Bewerber. Die Zahl der
Bewerber insgesamt ist mithin um 1492 (32 v. H.), die der
männlichen Bewerber um 1514 (36 v. H.) gestiegen, hingegen
die Zahl der weiblichen Bewerber um 22 (4,3 v. H.) zurück-
gegangen.

Reichspräsident und Wahlkampf

U. Berlin, 18. Mai. Reichspräsident von Hindenburg
ist verschiedentlich in der letzten Zeit im Wahlkampf von
Parteien in Anspruch genommen worden. Von zuständiger
Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Reichsprä-
sident bereits vor einiger Zeit durch den Staatssekretär
Meißner erklären ließ, daß er keiner Partei angehöre. Auf
diese Erklärung wird erneut hingewiesen. Auch der Brief
des Reichspräsidenten an den Vorsitzenden der Reichstags-
fraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, vom 3. Jan-
uar 1927, aus dem das Gegenteil geschlossen worden ist,
hat keine Bedeutung dieser Art, sondern hat nur den Dank
des Reichspräsidenten für die seinerzeitigen politischen Be-
mühungen von Dr. Scholz ausgedrückt.

gistraturbeamte ab, sodas als sachliche Referenten insgesamt
nur 164 und 396 Expedienten für das Kriegschädenschluß-
gesetz vorhanden seien. Davon seien 64 Referenten und 167
Expedienten für das Kriegschädenschlußgesetz eingesetzt
worden. Leider sei es nicht möglich, alle Beamten auf das
Kriegschädenschlußgesetz umzustellen, da noch eine Reihe
von früheren Ansprüchen zu regeln seien, die erst aufgear-
beitet werden müßten. Es handele sich hierbei um 2 495 Ver-
gleichs-, 3 167 Anträge auf besondere Schadenfälle, 17 000 Be-
schwerden in erster Instanz, 9 600 Beschwerden in 2. Instanz
und 6 400 Berufungsfälle, die vor dem Reichswirtschaftsge-
richt verhandelt würden. Außerdem leide das Amt darunter,
daß eine übergroße Zahl von Anfragen, Beschwerden und
sonstigen Posteingängen zu verzeichnen seien. So seien im
April täglich rund 4 500, im Mai 4 800 Posteingänge zu ver-
zeichnen gewesen. Dies erkläre es, warum eine große Reihe
unholzer Arbeiten im Amt getan werden müsse. Jedoch
seien Maßnahmen ergriffen worden, um das Amt von die-
ser nutzlosen Arbeit zu entlasten. Zur Aufklärung der Li-
quidationsgeschädigten habe das Amt neue Merkblätter
drucken lassen, sowie die Auskunftsstelle wieder eröffnet, die
rund 180 Besucher täglich abfertige. Es sei zu hoffen, daß
im Laufe der Zeit sich eine weitere Steigerung der Arbeits-
leistung des Amtes erreichen lasse, die sich zur Zeit auf un-
gefähr 200 Fälle täglich schätzen lasse. Ein Termin für die
endgültige Abwicklung der Arbeiten lasse sich aber jetzt noch
nicht angeben.

Politische Zusammenstöße in Hamburg

U. Hamburg, 18. Mai. Am Donnerstagabend kam es
in einem Lokal in Barmbeck zu schweren blutigen Zusammen-
stößen zwischen Reichsbannerleuten und Kommunisten. Die
Kommunisten, die auf mehreren Propagandawagen heran-

Tages-Spiegel

Das Reichskabinett hat sich gestern nachmittag unter dem
Vorsitz von Reichskanzler Dr. Marx mit dem Antrag der
Reichsbahn auf Tarifierhöhung befaßt.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš wird
heute in Berlin einreisen und von Staatssekretär von
Schubert im Auswärtigen Amt empfangen werden.

Reichsminister a. D. Dr. Heinze ist gestern in Dresden ge-
storben. Im Jahre 1920 war er Minister im Kabinett
Fehrenbach und unter der Reichskanzlerschaft Dr. Stre-
semanns Reichskommissar für Sachsen.

Peinecare hat die weitere Annahme von Bargeschuldungen
auf die französische Konvertierungsanleihe einstellen lassen,
nachdem die Zeichnungen eine Höhe von 10 Milliarden
Franken erreicht haben.

Zwischen Italien und der Türkei ist ein Freundschaftsver-
trag abgeschlossen worden, welcher dem italienischen Kapi-
tal und dem italienischen Handel in der Türkei große Be-
günstigungen gewährt.

Bulgarien hat im Hinblick auf seine schweren Erdbenschä-
den bei der Reparationskommission um eine sechsjährige
Zahlungsfrist nachgesucht.

Die japanische Regierung hat beschlossen, Kellaggs Kriegsver-
sichtsvorschläge in ihren Grundzügen anzunehmen.

Sich sofort zwischen ihnen und den im Lokal sitzenden Reichs-
bannerleuten eine schwere Schlägerei. Ein im Lokal sitzen-
der Arbeiter wurde durch Kopfschuß niedergestreckt. Fünf
weitere Arbeiter erlitten erhebliche Verletzungen, teilweise
durch Bauch- und Brustschüsse. Ein sechster Mann hat erheb-
liche Kopfverletzungen durch Schläge erlitten. Die Scheiben
des Lokals gingen bei dem Tumult zum größten Teil in
Trümmer; die Einrichtung des Lokals wurde fast vollstän-
dig zertrümmert. Die Kriminalpolizei hat sofort eine Un-
tersuchung eingeleitet.

Chamberlain und Briand nehmen an der Ratstagung teil

U. London, 18. Mai. Wie die Times im Gegensatz zu
anderen Nachrichten meldet, wird Außenminister Chamber-
lain an der bevorstehenden Genfer Ratstagung trotz der Ab-
wesenheit Dr. Stresemanns teilnehmen. Das Blatt erklärt,
einer der Gründe für die Teilnahme des englischen Außen-
ministers an der Ratstagung dürfe darin liegen, daß der
rumänisch-ungarische Streitfall erneut zur Besprechung ge-
langt. Auch die Behandlung der polnisch-litauischen Streit-
fragen sei für die englische Politik im Zusammenhang mit
dem angekündigten Besuch Wolodemas in London nicht un-
wesentlich.

In französischen diplomatischen Kreisen glaubt man, daß
Briand, wenn es sein Gesundheitszustand erlauben sollte,
sich doch noch nach Genf begeben wird, um an den Arbeiten
des Völkerbundesrates im Juni teilzunehmen, weil die Fra-
gen, die diesmal auf der Tagesordnung stehen, insbesondere
die Regelung des Zwischenfalles von St. Gotthard und die
ungarische Doyantenfrage französischerseits als wichtig ange-
sehen werden.

Die Lage in Nord-China

Tschangtschins Vorkehrungen zur Räumung Peking.
U. London, 18. Mai. Die Vorhut der Armee des Gene-
rals Feng ist nach den letzten in Tokio eingegangenen Mit-
teilungen bis etwa 500 Kilometer südlich von Tientsin vor-
gedrungen und bedroht die rückwärtigen Verbindungen der
Schantungstreitkräfte und den Tientsin-Peking-Bezirk. Nord-
lich von Machang sollen bereits Kämpfe im Gange sein.
Tschangtschins hat die Eisenbahnverwaltung der Bahnen Pe-
king-Mukden und Tientsin-Peking angewiesen, den Güter-
verkehr einzustellen und 15 Büge nach Peking für die Trup-
penbeförderung zu entsenden. Der Rückzug der Nordtrup-
pen auf ihre vorbereiteten Stellungen ist bisher ohne Stö-
rungen verlaufen. In Peking wächst die Ueberzeugung, daß
die Südtruppen an Tientsin vorbeiziehen werden, um auf
die Peking-Hanlan-Eisenbahn zu stoßen, sodas den Nord-
truppen die Möglichkeit gegeben ist, einen verhältnismäßig

Unterbrechung der Komwoer Verhandlungen

III. Komwo, 16. Mai. Die Ausschüßverhandlungen zwischen Litauen und Polen, die während der Unabhängigkeitsfeierlichkeiten in Komwo unterbrochen werden und die ihren Abschluß finden sollten, sind nach einer zwischen den beiderseitigen Abordnungen getroffenen Vereinbarung bis zum 26. Juni vertagt worden. Diese Verschiebung ist darauf zurückzuführen, daß beide Abordnungen zur Auffassung gelangt sind, daß noch viele Fragen zu klären seien, bevor weitere Erörterungen gepflogen werden können. Nach dem der polnische Nichtangriffspaktvorschlag von dem litauischen Unterausschüß als unannehmbar abgelehnt worden ist, wird die litauische Regierung bei den kommenden Verhandlungen nunmehr einen Nichtangriffsentwurf überreichen, der den gegenwärtigen polnisch-litauischen Beziehungen besser angepaßt sein soll.

Bulgariens Reparationswünsche

III. Paris, 16. Mai. Ueber die Absicht der bulgarischen Regierung, eine Erleichterung oder Hinausschiebung seiner Reparationszahlungen zu erreichen, verlautet:

Nach der schrecklichen Katastrophe, die Südbulgarien heimsuchte, haben die Finanzvertreter in den interalliierten Kommissionen übereinstimmende Berichte an ihre Regierungen gefaßt und sie um Anweisungen gebeten, ob es im Prinzip möglich sei, Bulgarien Erleichterungen für seine Reparationszahlungen zu gewähren, in Anbetracht der großen materiellen Verluste des Landes. Von den interalliierten Regierungen habe bisher nur Italien geantwortet und seinem Vertreter mitgeteilt, daß es keinerlei Hindernis sehe, Bulgarien die größten Erleichterungen einzuräumen. Dagegen ist weder von England, noch von Belgien, noch von Frankreich eine Stellungnahme eingegangen. Sobald die bulgarische Regierung die Gewißheit erlangt haben wird, wie die genannten Regierungen sich seinen Wünschen gegenüber künftig verhalten werden, wird der zurzeit in Paris weilende bulgarische Finanzminister Moloff ein formelles Gesuch an die Reparationskommission richten.

Brände im rumänischen Petroleumgebiet

III. Bukarest, 17. Mai. Im rumänischen Petroleumgebiet sind verheerende Brände ausgebrochen. Aus einer Entfernung von 40 Kilometern kamman die riesigen Flammen sehen. Der Schaden der Brände beträgt vorläufig über 100 Millionen Lei. Die ganze Gegend ist vom Feuer bedroht. 12 Bohrtürme der Astra Romana und 6 Bohrtürme der Kredit-Minier sind vernichtet worden. 3 Arbeiter sind dabei ums Leben gekommen. Man ist gegenwärtig mit dem Bau eines Tunnels beschäftigt, um das Erdöl in eine andere Richtung abzuleiten. Es ist aber nicht sicher, ob dies zur Eindämmung des Brandes führen wird. Heute wird mit dem Fällen der Wälder begonnen, die sich in der Nähe des Brandherdes befinden und in denen bereits einige Bäume Feuer fingen. Hunderte von Sandsäcken wurden in die Schlünde der brennenden Bohrtürme geworfen, um das Feuer zu löschen, jedoch ohne Erfolg. Die Gefahr für die nächste Umgebung wächst von Stunde zu Stunde. Einige Dörfer sind bereits geräumt worden. Die bisher ergriffenen Maßnahmen haben sich als nutzlos erwiesen.

Sohr der Knecht

ROMAN VON ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(41. Fortsetzung.)

Kaden pffiff durch die Zähne. „Verstehe! — Das nennt man Fußangeln legen. Famos.“

„Beide gleichgestellt, Herr Kaden, damit Boigt nicht etwa verfaßt. Seine Schwächen sind Alkohol und Weiber. — Wenn Sie in diesem Sinne die Verhandlungen mit einem tüchtigen Berliner Herrn führen wollten, dürfte der Wahrheit bald zu ihrem Rechte verholten sein.“

„Verlassen Sie sich auf mich. Was nur irgend geschehen kann, geschieht.“

„Und darf ich noch eine Bitte äußern?“ fragte Sohr.

„Heraus damit.“

„Würden Sie mein Fohlen während meines Wegzuges in Futter nehmen? Hannjörg allein kann es nicht betreuen.“

„Natürlich! — Kommen Sie nicht wieder, lasse ich es zu mir herüberholen.“

So war zwischen den beiden alles beredet, was zu bereden war.

„Und Ihr könnt schweigen, Hannjörg?“ wendet sich Kaden fragend und mahnend zugleich an diesen.

„Wie das Grab, Herr Kaden.“

Als die kleine Schwarzwälder Uhr zwei kurze Schläge tat, trennten sich die drei. Kaden ging heim nach Finkenschlag, Hannjörg begab sich zur Ruhe und Sohr schrieb den Zeitungen um Geld. Als er fertig war, brachte er die Briefe noch in den Kasten, hing sich einen Mantel um, setzte sich im Garten auf einen Baumstamm und war das letzte Mal auf Finkenschlag mit sich allein.

So sitzend und in sich zusammengesunken fand ihn Hannjörg, als er an die Arbeit ging und gegen sechs Uhr, als der Gendarm ihm die Vorladung des Landgerichtes überbrachte, saß er immer noch am selben Ort.

Im Beisein des Beamten erbrach Sohr das Schreiben und las:

„Sie werden hiermit geladen, sich unverzüglich nach Empfang dieses — aber spätestens bis zwölf Uhr mittags — an unterzeichneter Stelle, Zimmer 112, einzufinden. — Sachbetreff und Zweck: Befragung.“

Aus den Parteien

Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei, Ortsgruppe Calw.

Die Deutsche Volkspartei hielt am Samstag im Hotel „Waldhorn“ ihre dritte und für diese Wahlen letzte Versammlung in Calw unter dem Vorsitz ihres Spitzenkandidaten Direktor Carl Schmid ab. Forstmeister Hepp, ein geborener Hirsauer, hatte den ersten Teil des Abends übernommen; er sprach in gedanklich inhaltsreichen und die tiefsten Probleme des Seelenlebens streifenden Ausführungen über die Grundlagen zum deutschen Wiederaufstieg. Er führte etwa folgendes aus: Die bösen Erfahrungen, die das deutsche Volk in den letzten Zeiten hat machen müssen, zeigen uns, daß in der Politik ein Fehler genügen kann, um all das zu vernichten, was in mühsamer, jahrelanger Arbeit von weitausschauendem Geiste aufgebaut wurde. Bismarcks Sturz und die dann folgende Entwicklung, die uns vor Krieg und Not nicht bewahren konnte, die uns die ganze Welt zu Feinden machte, ist ein Beweis für die Notwendigkeit, nur verantwortungsbewußte Realpolitiker mit der Führung des Reiches zu betrauen. Was erreichbar ist, muß erstrebt werden; Unerreichbares ist zurückzustellen bis die Stunde dafür da ist. Vom einzelnen darf das Vaterland jedes Opfer fordern; das Ganze darf aber nicht in Gefahr kommen. Stresemann hat unser ganzes Vertrauen; er treibt nicht unterwürfige Erfüllungspolitik, sondern strebt eine Verständigung an; seine Befarrlichkeit wird zum Ziele führen.

Innerpolitisch sehen wir heute eine kaum glaubliche Zerspaltung; in den Parlamenten unserer Länder ganz verschiedene Mehrheitsrichtungen und fürs Ganze sich dadurch ergebende Unzulänglichkeiten. Das heutige Wahlsystem ist reformbedürftig; der verantwortungslose, hemmungslose Parlamentarismus hat große Schattenseiten. Wie ist Änderung möglich? Unsere Staatsform ist uns gegeben und auf Tatsachen müssen wir aufbauen. Der Versailles Vertrag bindet uns. Hebung unserer politischen Moral, Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Verantwortungsbewußtsein sind Voraussetzungen für segensreiches Wirken. Liebe zum deutschen Volk und Glauben an seine Zukunft muß der politische Führer haben; seine Kenntnisse auf volkswirtschaftlichem Gebiete müssen umfassende sein. Auch die Partei muß allüberall den Glauben an das deutsche Volk stärken; er darf nicht ins Wanken kommen. Hindenburg sei uns Vorbild; er anerkennt besonders die Haltung der Deutschen Volkspartei, die die vaterländischen Interessen den Parteiinteressen voranstellt. Der Grundsatz für jeden einzelnen muß sein: Du kannst und darfst für Deine Sonderinteressen eintreten nur solange, als Du dem Volksganzen dadurch nicht schadest. Staatsvereinfachung ist notwendig; es darf aber nicht Schlechteres dem Besseren folgen; Vereinfachung der Dienst- und Verwaltungsvorschriften tut not; die Beamten müssen zum Handeln und nicht zum Wälzen ganzer Bände unübersehlicher Vorschriften erzogen werden. Der durch die Haltung der Deutschen Volkspartei zu Fall gebrachte Keudell'sche Schulgesetzentwurf wäre das Gegenteil von Vereinfachung. Er hätte neben großen Mehrbelastungen der Steuerzahler nur eine große Anzahl von Zwergschulen mit kleiner Leistungsfähigkeit gebracht, hätte Gegensätzlichkeiten von Religionsrichtungen und Weltanschauungen schon in unsere Kinderselen getragen; er hätte zur Zerspaltung des Volkes geführt und aus diesem Grunde unsere Volkseinheit nicht gefördert, sondern gefährdet. In Württemberg brauchen

wir gar keine andere Schulform als wir haben; wir sind damit zufrieden und würden wohl besseres nicht erhalten.

Der kulturelle Aufstieg unseres Volkes setzt Bildung gesunder Weltanschauung voraus. Die im Krieg von Angehörigen verschiedenster Nationen bewiesene Todesverachtung ist nur durch Unterordnung des Körpers unter den Geist, unter eine Idee möglich. Auch Mohammedaner haben sich als tapfere Gegner geschlagen. Materialismus ist Austra; ein unabhängiges geistiges Wesen führt uns. Die dogmatischen Formen sind nicht ausschlaggebend.

Reicher Beifall, dem der Vorsitzende auch mit Worten des Dankes Ausdruck gab, lohnte Forstmeister Hepp und zeigte mit wohl innerer Anteilnahme die Versammlung den interessanten Ausführungen gefolgt war.

Der zweite Redner des Abends, Emailmaler Schittenhelm aus Stuttgart, brachte in seinen Ausführungen insbesondere die Belange des Handwerks und Mittelstandes seinen Hörern näher. Er hatte sich die Beantwortung der Frage „Warum muß sich der Mittelstand an den Wahlen beteiligen und wen soll er wählen?“ zur Aufgabe gestellt. Aus der Quelle reicher Erfahrungen (vom einfachen Arbeiter hat es der Vortragende zum kleinen eigenen Betrieb in 40jähriger Arbeit gebracht) fand der Redner klare und überzeugende Worte zu folgenden Gedanken: Nach den Jahren des Darniederliegens regen sich in Deutschland jetzt allüberall wieder fleißige Hände und starke Arme. Ein Glücksgefühl keimt in uns; wir kommen wieder vorwärts. Aber viele Sorgen hemmen den Schritt. Wie können wir helfen? Nur durch Teilnahme am politischen Leben. Die Masse entscheidet bei unserer Verfassung und ihr liefert sich aus, wer beiseite steht. Gleichgültige werden nicht gefragt; die politische Verantwortung muß gestärkt werden in unserem Volk; es steht in dieser Richtung hinter anderen Nationen zurück. Verantwortungsbewußte Teilnahme muß der Interesslosigkeit in politischen Dingen weichen. Unsere Ausfuhr muß gesteigert, unsere Einfuhr durch Mitarbeit aller verringert werden. Das Handwerk, der Stand der Kleingewerbetreibenden leidet in besonderem Maße unter sozialen Lasten und unter Steuern. Wenn Steuern bezahlt werden sollen, so sollte die Arbeitsmöglichkeit nicht so eingeschränkt werden, wie das Arbeitszeitgesetz das tut. Wir brauchen eine Menge fleißige Hände um wieder hoch zu kommen; der Arbeitswille ist da; ihn muß man stärken und fördern; Fleiß allein verkürzt den Weg zum Wohlstand im Vaterland. Die Erhaltung eines lebensfähigen, gesunden Mittelstands ist Lebensfrage für unser Volk; Handwerk und Kleingewerbe sind Jungbrunnen für unsere großen Wirtschaftsführer. Aus ihnen kommt die stets notwendige Erneuerung. Die Ausführungen von Emailmaler Schittenhelm, die in eine Aufforderung zum Wirtschafts- und Klassenfrieden ausliefen, fanden allgemeinen Anklang und die anschließende anregende Aussprache zeigte die Teilnahme der Versammlung an der behandelten Materie. Direktor Schmid konnte am Schlusse der gut besuchten und wohlgelungenen Versammlung der berechtigten Hoffnung Ausdruck geben, daß die positive segenreiche Arbeit, die die Deutsche Volkspartei allüberall geleistet habe, in immer größerem Kreise Anerkennung finde; er schloß die Versammlung mit der Mahnung immer weitergehende Einigung unseres deutschen Volkes möge zum Ausbau einer von allen Kreisen gerecht empfundenen Gesetzgebung führen und möge uns das bringen, was alle heiß ersehnen, die außenpolitische Freiheit.

„Ich habe Sie noch persönlich aufmerksam zu machen“, sagte der Gendarm, „daß Sie unbedingt bis zwölf Uhr an Ort und Stelle zu sein haben, wenn Sie Weiterungen vermeiden wollen.“

„Schon gut, Herr Wachtmeister! — Unpünktlichkeit war nie meine Sache, Feigheit auch nicht,“ damit ging Sohr ins Haus.

Er brachte sein Zimmerchen in peinlichster Ordnung, zog seinen guten Anzug an, schnitt die letzten Ästern im Garten und stellte sie Hannjörg auf den Tisch. Er besaß noch eine Karte mit seinem Bilde. Die suchte er heraus, schrieb darauf: „Meinem lieben, guten, treuen Hannjörg heißen Dank für bewiesene Gastfreundschaft. Sohr“ und lehnte sie an die Base, dann ging er nach dem Stall.

Fink-Fink begrüßte ihn mit leisem Wiehern, vorgestellten Ohren und großen blanken Lichtern.

Sagt nicht, daß Tiere keine Seele haben!

Sohr reichte ihm ein Stückchen Zucker — zum Abschied, strich ihm lieblosend über das glänzende Fell und nahm den bildschön geformten Kopf seines Lieblings ein letztes Mal in seine Arme.

Ein halbes Jahr Mühe und Arbeit war ausgelöst, wie damals ein ganzes Leben. Ueber seinem Dasein stand ein Unstern. Er ging, wie er gekommen war. Wieder einmal: aus und vorbei.

Vorsichtig schloß Sohr die Gartentür. Langsam schritt er auf der Landstraße dahin, einem ungewissen Geschick entgegen.

Er mußte an Frundsbergs Worte denken, die dieser in Augsburg an Luther gerichtet hatte: „Du gehst einen schweren Gang. Doch bist du deiner Sache gewiß, so gehe mit Gott.“

Mit Gott!

Und da fielen ihm auch seine eigenen Worte ein, die er vor Monaten Schwester Marianne gegenüber geäußert: „Denen, die glauben, soll's helfen.“

Glauben!

Wenn man es könnte!

12.

Wie Sohr es vorausgeahnt hatte, war es gekommen. Sie hatten etwas von Fluchverdacht und Verdunkelungsgefahr gesagt und ihn dabehalten. In Zelle 47 saß er auf einem Holzschmel und überdachte das Geschehene. Es war wie weggewischt aus seinem Gedächtnis. Nur mühsam konnte er es sich vergegenwärtigen.

Als er gestern das Gerichtsgebäude betreten hatte, hatte

Einhalf zwölf. In der Halle hatte sich eine Orientierungstafel befunden. Sie wies ihn in den ersten Stock.

An der Tür zum Zimmer 112 standen auf einem kleinen weißen Schildchen mit Rundschrift geschriebene die Worte: Staatsanwalt Böller. Das war Sohr ganz deutlich in Erinnerung. Er hätte sie malen können, die beiden Worte.

Im Zimmer 112 saß ein sehr penibel gekleideter Herr von ungefähr 32 Jahren an einem dunkelgebeizten nüchternen Schreibtisch. Das war der Staatsanwalt, und der war nicht sehr höflich gewesen. Auf seinen Gruß hatte Sohr keine Antwort bekommen, sondern nur ein schnarrendes, barsches: „Was wollen Sie?“ — Da hatte er gewußt, weß' Geistes Kind sein Gegner war und hatte ihm schweigend die Vorladung auf den Tisch gelegt.

Der Staatsanwalt hatte noch einen Herrn gerufen, der hatte mit vielen Dienern und Verbeugen das Zimmer betreten, sich an die Schreibmaschine gesetzt und heruntergetippt, was jener ihm diktierte. Gefragt hatte der Staatsanwalt nicht viel mehr wie vor Tagen der Finken schläger Schultheiß. Was Sohr geantwortet hatte, wußte er nicht mehr.

Und als der Staatsanwalt mit Fragen fertig gewesen war, war plötzlich noch ein dritter erschienen, der war uniformiert gewesen und hatte gesagt: „Kommen Sie mit.“

Mit dem war Sohr durch lange Gänge getorrt, treppauf, treppab, bis sie endlich — eine Ewigkeit schien es gedauert zu haben — wieder in einem Zimmer angelangt waren, das noch nüchterner und trostloser war als das, aus dem sie kamen. Dort hatte der Uniformierte einem anderen Uniformierten ein Schriftstück überreicht und war gegangen.

Der zweite Uniformierte hatte Sohr einer Leibesvisitation unterzogen, ihm alles abgenommen, was er bei sich trug — wie ein Begeleagerer benimmt sich der Kerl, hatte Sohr gedacht — und war dann mit ihm zum zweiten Stock emporgestiegen, wo er eine mit Eisenriegeln versehene und mit Eisen beschlagene Tür geöffnet hatte.

Das war die Tür der Zelle 47 gewesen, in der Sohr jetzt saß.

In der Zelle befanden sich eine Holzpritsche, die war an die Wand festgemacht, ein Holzschmel und ein Klappstisch, der ebenso befestigt war, wie die Pritsche — sonst nichts. An die Tür war die gedruckte Hausordnung angehängt. Das alles hatte Sohr beim Eintreten wie im Husch ersaßt, war dann auf die Pritsche zugewandt, niedergesunken und eingeschlafen.

Erst vor einer Stunde war er erwacht.

(Fortsetzung folgt.)

Wahlaufruf!

Die **Rechtsparteien** haben jetzt jahrelang in Deutschland geherrscht. Sie haben den **Reichspräsidenten** gestellt, sie sind die stärkste Partei der **Reichsregierung**, sie führen in **Württemberg**.

Von all den reaktionären Versprechungen ist nichts erfüllt.

Bei den Wahlen von 1924 haben sie sich von der nationalen Bewegung in die Macht tragen lassen; kaum aber waren sie warm geworden in ihren Ministerstühlen, da **verleugneten sie alle ihre nationalen Ideale**, um für den Geldsack des Großbesitzes zu sorgen. Sie haben die Kriegsschuldfrage nicht widerrufen, sie haben nichts für die Befreiung der Rheinlande getan, sie machen im Völkerbund mit, sie haben alles gutgeheißen, weswegen sie vorher die Sozialdemokratie und die Republikaner mit Schimpf und Schmutz bedeckt hatten.

Und was hat die Reaktion den Bauern gebracht?

Die **deutschnationalen** Minister waren klägliche Versager. Ihre **Zoll- und Wirtschaftspolitik** hat völlig Bankrott gemacht. Die **Industriezölle** verteuern die landwirtschaftlichen Maschinen, die **Futtermittelzölle** machen die kleinbäuerliche Viehhaltung unerschwinglich teuer. Die **Lebensmittelzölle** verteuern auch den Kleinbauern die Lebenshaltung und zerstören die Kaufkraft der Verbraucher. Je höher die Zölle stiegen, um so schlechter wurde die Lage der Landwirtschaft. Die ganze reaktionäre Wirtschaftspolitik half nur dem Großgrundbesitz. Und dieser

Großgrundbesitz benutzt die Kleinbauern nur als Vorspann

für seine eigensüchtigen Zwecke. Auch in Württemberg haben die Fürsten und Herren den Nutzen von dieser Zoll- und Steuerpolitik des Regime Bazille-Dehlinger. Sie sind die wirklichen Nutznießer der angeblichen Steuererleichterung in Württemberg. Der **Bauern- und Weingärtnerbund** führt durch seinen Anschluß an den Reichslandbund unsere Kleinbauern nur um so tiefer ins Elend. Man hegt sie gegen die **Verbraucher** auf, auf deren Kaufkraft sie doch angewiesen sind und lenkt sie vom eigentlichen Feind, dem Großgrundbesitz, ab. Die mehr als 3 Millionen deutscher Zwerg- und Kleinbauern haben weniger Land unter dem Pflug als 158 ostelbische Großgrundbesitzer.

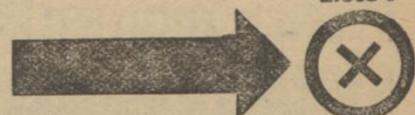
Der Großbesitz drückt sich von den Steuern und der Kleinbesitz muß die Leistungen aufbringen!

Das darf nicht so bleiben! Das Landvolk muß erkennen, daß **nicht Städter und Arbeiterklasse seine Gegner sind, sondern die Großgrundbesitzer und die reaktionären Parteien**. Die Schiele und Reudell, die Bazille und Dehlinger und alle die Parteien, die in Reich und Land diese Politik mitgemacht haben, sind schuld an der Not der Landwirtschaft. Darum:

Fort mit den reaktionären Dienern der Großgrundbesitzer! Für die kleinen Leute in Stadt und Land!

Wählt Sozialdemokraten!

Liste 1



Motorräder NSU



Fahrräder
in allen Preislagen
Reparaturen u. Ersatzteile prompt u. billig
Chr. Widmayer bei der Post
mech. Werkstätte.

Fahrradverkauf

Samstag, den 19. Mai, nachmittags 2 Uhr wird im Hause Müller, Teufelweg aus dem Nachlaß der Frau Pfarrer Luz folgendes gegen Barzahlung versteigert:

- 2 Büfett, 1 Bücherkasten, Ruhesessel,
- 1 eichener Tisch, 2 Serviertische, 1 Spiegel, elektr. Zuglampe, 1 Werkzeugkasten,
- 1 Regulierofen, 1 Nachttischle, 1 Waschmange, 1 Bockleiter, 1 Blumentisch und allerlei Hausrat.



Deutsch-demokr. Partei Ortsgruppe Calw.

Am Freitag, den 18. ds. Mts., abends 8 Uhr
Mitgliederversammlung
bei E. Hammer, s. „Löwen“.

Lieferung und Montierung
von



Rundfunk-Anlagen
Löwe, Seibt und Telefunken
Anodenbatterien Röhren
Wilh. Wackenhuth, Biergasse.



Schwarzwaldverein Calw.

Wanderung

am Sonntag, den 20. Mai 1928 durchs Mönchstal und über den Büchelberg nach Merklingen, („Adler“)

Abfahrt 11.10 Uhr nach Station Mönch.

Die verehrlichen Mitglieder werden zur zahlreichen Beteiligung freundlich eingeladen, (nachdem sie vorher ihrer Bahnpflicht genügt haben.) (Lieberbüchlein mitnehmen.)

Führer: Paul Dipp.

Volksrecht-Partei

(Reichspartei f. Volksrechtn. Aufwertung)

Öffentliche Versammlung

findet am Freitag, den 18. Mai, abends 8 Uhr, in der Restauration Weiß (Badgasse) statt. In derselben wird

Herr Rechtsanwalt R. Schilling II aus Stuttgart über das Thema:

Warum brauchen wir die Volksrechtspartei sprechen wird. Hierzu ist jedermann, insbesondere Sparer, Gläubiger, Inflationsgeschädigte, Versicherte, Kriegsbeschädigte, Gewerbetreibende usw. freundl. eingeladen. Freier Eintritt! Freie Aussprache!

... und vor allem,

jede Behauptung in den Inseraten und Prospekten f. KINESSA-Holz-Balsam u. KINESSA-Bohnerwachs kann durch glänzend. Zeugnisse von Autoritäten, Hausfrauen-Verbänden und Hausfrauen-Vereinen nachgewiesen werden. Sie wissen also ganz bestimmt, daß Sie für Ihr gutes Geld auch die beste Ware bekommen. Sie werden deshalb auch Ihr Parkett und Linoleum, Ihren Fußboden und Ihre Möbel nur noch pflegen mit



KINESSA

HOLZ-BALSAM
mit Patent-Dosenöffner
Ritterdrogerie O. E. Kistowski
KINESSA-Fabrik Göppingen (Württ.)

Fahrräder

in allen Preislagen.
Fahrradhandlung Hans Maifel
Fernspr. 246 an der Brücke. Calw.

Leih-Bücherei

Meiner Buchhandlung habe ich eine größere Leihbücherei angegliedert, enthaltend ca. 1000 Bände,

Romane, Novellen, Erzählungen Gedichte, Philosophie, Psychologie, Pädagogik, Biographien, Memoiren, Briefwechsel, Reisebeschreibungen, Länder- und Völkerkunde, Naturwissenschaft, Weltgeschichte, Politik, Geschichte, Christliche Literatur, Gesundheitspflege, Medizin, Lebenskunde, Jugendchriften Kriminal-, Detektiv-, Abenteuer - Romane, leichtere Literatur

Die Bücherei wird monatlich ergänzt und durch Neuerscheinungen vergrößert. Verzeichnisse liegen in meinem Laden auf, Wochenpreis pro Buch ./. 0.30

Buchhandl. Ernst Kirchhoff

Während des Wahlkampfes für den letzten Reichs- und Landtag, im Mai 1924, brachte die Sozialdemokratie folgende Anzeige im Calwer Tagblatt Nr. 101:

Ein Sieg der reaktionären Parteien würde unrettbar zu Bürgerkrieg, Reichszersfall, Fremdherrschaft und Untergang führen.

Darum wählt sozialdemokratisch!

? ? ? Was ist davon eingetroffen ? ? ?

Im Gegenteil ging es dem deutschen Volk während der sogenannten Rechtsregierung viel besser als unter der Regierung der Sozialdemokraten.

Darum wählt

!Deutschnationale Volkspartei!
(Württemberg. Bürgerpartei) Nr. 2

Ämtliche Bekanntmachungen.

Stadtgemeinde Calw.

Unberechtigtes Plakatankleben.

Aus Anlaß der bevorstehenden Reichs- und Landtagswahl wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Anschlag von Plakaten usw. an Gebäuden, Zäunen und dergleichen nur mit Zustimmung der Verfügungsberechtigten zulässig ist. Plakate, die nicht ordnungsmäßig an den zur Anbringung von Plakaten bestimmten Stellen angebracht werden, haben keinen Anspruch auf Rechtschutz; sie können von jedermann entfernt werden.

Calw, den 16. Mai 1928.

Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Im Innern Frieden! Nach außen frei!
Drum wählt die Deutsche Volkspartei!
(Liste 4)

Für den Landtag in den Kreis rechts von der Nr. 17 ein Kreuz machen!

Christlich. Volksdienst
Nr. 17

Der Turnverein n. Mandolinensklub
Alzenberg

macht am Sonntag, den 20. Mai einen



Tanzausflug

nach Neuhengstett ins

Gasthaus zum Röhle

wozu freundlichst eingeladen wird

Tanz-Anfang mittags 3 Uhr.

Hausbesitzer und Mieter!

Ihr kennt die Lasten der

Gebäudeverschuldungssteuer!

Der Abgeordnete Bazille bezeichnete vor seiner Wahl diese Steuer als die unsozialste und ungerechteste Steuer; er werde sich, als ein für die Regierung Verantwortlicher weigern, diese Steuer in Württemberg zu erheben, selbst wenn das Reichsgesetz diese Steuer vorschreiben werde.

Der Staatspräsident Bazille und sein deutschnationaler Ministerkollege, Finanzminister Dehlinger haben diese Steuer erhöht, verschärft und verewigt.

Ihr kennt den Kampf der Deutschen Demokratischen Partei für die Aufhebung dieser Steuer!

Wählt
deutsch-demokratisch Liste 6

National-Sozialistische
Deutsche Arbeiterpartei

Öffentliche Wahl- Versammlungen

P.-G. Entenmann
wird sprechen
in Calw:

Freitag, den 18. Mai 1928, abends 8¹/₂ Uhr
im Dreißigen Saale über:

„Einzelschicksal od. Volksschicksal“
in Stammheim:

Samstag, den 19. Mai 1928, abends 8¹/₂ Uhr
im Gasthaus zum „Waldhorn“ über:

„Der Weg aus der deutschen Not“
N. S. D. A.-P. Ortsgruppe Calw.

August Meyle

Schultheiß a. D.

wohnt

Inselstraße 207

Sprechstunde jeden Werktag,
ausgenommen Samstag Nachmittag.

— Telefon 233 —

Die Wohlfahrt aller arbeitenden Menschen
in Stadt und Land sind die Zielpunkte
unserer Politik, sagte Friedr. Naumann.
Wählt Deutsche Demokratische Partei
Liste 6!

Nichts geht verloren.

Sämtliche heilkräftigen Bestandteile der Kräuter
bleiben in den

Waldflora-

Pulvern voll und ganz erhalten.

Sie sind mit keinem Tee zu vergleichen, brauchen nicht
aufgobührt zu werden und stellen in Art und Wirkung
etwas vollkommen Neues

dar. Folgende Spezial-Sorten stellen wir her:

- Bei Gicht, Reiben, Rheuma, Ischias, Adernverkalkung, Pickeln, Geschwüren, Hautausschlag, Flechten, offenen Beinen, Kopfschmerzen, Abspannung, Blutreinigung Nr. 0
- Zuckerkrankheit Nr. 1
- Nierenleiden Nr. 4
- Lungenleiden, Asthma Nr. 5
- Gallensteine Nr. 6
- Magen- und Darmleiden Nr. 8
- Nerven- und Herzstörungen Nr. 9
- Stuhlstörungen Nr. 10

Kur für 4 Wochen 3.- RM. • Verkauf in Apotheken, Drogerien und in Reformhäusern. • Verlangen Sie dort kostenlos aufklappende Schriften über „Waldflora“.

Eine
Anzeige
im Calwer Tagblatt
müssen Sie aufgeben,
wenn Sie etwas rasch und
gut verkaufen wollen.

Während des Wahlkampfes im Jahre 1924 kam in der Ausgabe vom 30. April 1924 des Calwer Tagblatts folgende Wahlanzeige:

An die Jugend!

Wer hat die deutsche Reichswehr geschaffen?
Wer hat die deutsche Reichswehr leistungsfähig gemacht?
Wer hat in der deutschen Reichswehr dem Staat sein einziges
Machtmittel erhalten?
Der deutsch-demokratische Reichswehrminister Geßler!
Deutsche Jugend, vergiß das nicht!
und wähle darum deutsch-demokratisch!

Herr Geßler hat aber inzwischen seinen Austritt aus d. demokrat. Partei erklärt, weil er die von der Demokratie u. Sozialdemokratie erstrebte Politisierung d. Reichswehr nach österreichisch. Muster nicht mitmachen wollte.

Fahrräder

in allen Preislagen
Chr. Widmaier
Mechan. Werkstätte.



Eingetroffen:
direkt v. der
See
Blutfrische
Cabliou
32 Pfd.
im Anschnitt 35



Ubenarins-
Carbolineum
Carl Serva
Fernsprecher 120

Bäckerlehrlings- Gesuch!

Ein kräftiger
Junge
der das Bäckerhandwerk
erlernen möchte, kann sofort
eintreten.
Zu erfragen bei der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Das Missionshaus Bad
Liebenzell setzt 2 schöne 14
Monate alte



Zuchtrinder

von guter Abstammung dem
Verkauf an

Himmelfahrtsfest 1928 — Krankenhaus Bethesda
Stuttgart, Hohenheimerstraße

Wir freuen uns, die Geburt einer gesunden
Tochter

anzeigen zu dürfen,
Studiendirektor Rothweiler mit Frau Emma
geb. Rieger

Wählt keine Splitterparteien!

Wie zum Beispiel:

die Alte Sozialdemokratische Partei, die nur zur Irreführung der Arbeiterwähler gebildet wurde; die Volksrechtspartei, die selbst zugeben muß, daß die wahren Vertreter der entrechteten Spärer im Reich und Land die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei sind;

den Christlichen Volksdienst und ähnliche neue christlich sein wollende Parteien, die, falls sie einige Mandate erringen, sich ebenfalls der Rechten anschließen werden;

die Nationalsozialisten und Völkischen versch. Schattierungen, die Parteien, denen die Erzberger-, Rathenau- und Fememörder angehörten;

die Kommunistische Partei, deren Taktik darauf hinarbeitet, die Reaktion in Europa zu stärken, auf Kosten der Arbeiterklasse (siehe die Wahlen in Frankreich). Deshalb sei die Losung:

Keine Stimme den Splitter-Parteien:
Wählt Sozialdemokraten Liste 1

Das Reich und das Land brauchen eine feste Mehrheit. Nur die Sammlung der Mitte

verbürgt diese. Mit ihr allein ist es möglich Regierungskrisen, die immer wirtschaftliche Erschütterungen im Gefolge haben, zu vermeiden.

Darum wählt Liste 6!
Deutsche Demokratische Partei!